

**Parlamentssitzung vom 10. Dezember 2007**

Bericht und Antrag  
des Gemeinderates an das Parlament  
betreffend

**Planungsbeschluss; Änderung der Gemeindeordnung**

---

**1. Ausgangslage; Notwendigkeit einer Änderung der Gemeindeordnung**

Das Parlament fasste am 27. August 2007 die nötigen Beschlüsse zur Einführung des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) und des Planungsbeschlusses.

Der Planungsbeschluss ist ein neues parlamentarisches Instrument. Das Parlament kann damit den Gemeinderat beauftragen, ein Produkt in eine bestimmte Richtung zu entwickeln.

Bei der Vorprüfung des IAFP-Reglements kam das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) zum Schluss, der Planungsbeschluss durchbreche die bisherige Zuständigkeitsregelung. Das trifft zu: Die Gemeindeordnung legt die Zuständigkeiten von Parlament (Legislative) und Gemeinderat (Exekutive) fest. Mit dem Planungsbeschluss kann nun das Parlament dem Gemeinderat einen Auftrag erteilen über einen Gegenstand, der eigentlich in der Zuständigkeit des Gemeinderates liegt. Damit wird die traditionelle Zuständigkeitsordnung durchbrochen, und es ist dafür eine Anpassung der Gemeindeordnung erforderlich.

**2. Regelung**

Das Parlament beschloss das IAFP-Reglement am 27. August 2007. Der Planungsbeschluss ist in diesem Reglement geregelt.

Für diese Regelung muss in der Gemeindeordnung eine Grundlage geschaffen werden. Diese passt am besten in den Abschnitt 4.3 über den Geschäftsgang des Parlaments. Weil dort noch keine Bestimmung über die parlamentarischen Vorstösse bzw. Instrumente vorhanden ist, muss eine neue geschaffen werden. Damit der Planungsbeschluss gegenüber den heutigen Instrumenten, wie sie im Geschäftsreglement des Parlaments geregelt sind, kein zu starkes Gewicht erhält, ist zuerst auf diese bisherigen Instrumente hinzuweisen. In Absatz 2 folgt sodann die Grundlage für den Planungsbeschluss. Die Einzelheiten für alle Vorstösse sind nicht in der Gemeindeordnung zu regeln. Eine Regelung auf Stufe Reglement genügt. Beim Planungsbeschluss legt das IAFP-Reglement, wie es vom Parlament am 27. August 2007 beschlossen wurde, die Einzelheiten fest, so namentlich den Gegenstand von Planungsbeschlüssen, den Bezug zum IAFP, die Möglichkeit des Gemeinderates, in begründeten Fällen von einem Planungsbeschluss abzuweichen sowie das Verfahren zur Einreichung und Behandlung von Planungsbeschlüssen.

**Antrag**

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament folgenden

**Beschlussesentwurf:**

1. Mit x zu y Stimmen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, die Änderung der Gemeindeordnung (Planungsbeschluss, Art. 52a) zu beschliessen.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung der Gemeindeordnung vom 24. Februar 2008.
3. Das Parlament genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Köniz, 07.11.2007

**Der Gemeinderat**

Beilage: Botschaftsentwurf